

## In Solidarität mit allen, die nach uns älter werden

SeniorInnen sind eine wachsende Gruppe unserer Gesellschaft, die kaum eine Lobby hat. Und das, obwohl alle, die in ihren Erwerbsjahren unseren Wohlstand mit erarbeiten, später selbst Senioren sein werden. Damit haben sie sich ein Recht auf ein Alter in Würde und ohne Not erworben. Dieser berechnete Anspruch wurde in vergangenen Legislaturperioden politisch nicht beachtet.

Mehrere Renten"reformen" haben dazu beigetragen, dass künftige RentenbezieherInnen in eine dramatische Altersarmut hineinwachsen, obwohl sie ein Leben lang gearbeitet haben. Den Plänen der Politik zufolge, sollen in Zukunft gerade diejenigen, die den Wohlstand nachfolgender Generation mit erarbeiten, ihr Alter in Armut verbringen.

**Gerade denjenigen zu schaden, die keine Möglichkeit mehr haben, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern, darf jedoch nie das Ergebnis politischen Handelns sein.**

Das Ziel der Rentenversicherung, die Sicherung des Lebensstandards, wurde wirtschaftlichen Interessen geopfert. Die Beiträge wurden begrenzt, der Niedriglohnsektor ausgeweitet, unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung und sachgrundlose Befristungen wurden zur Regel. **Unter diesen Bedingungen können auch durchgängige Arbeitsbiografien zwangsläufig nur Altersarmut erzeugen.**

Gleichzeitig erleben wir einen erheblichen Anstieg der Unternehmensgewinne und hohe Exportüberschüsse. An den Zuwächsen durch Wirtschafts-

wachstum und Produktivitätssteigerungen wurden ArbeitnehmerInnen nur sehr unzureichend beteiligt. Die Einkommen der Manager erreichen exzessive Höhen, gleichzeitig können immer mehr Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung nicht von ihrem Lohn leben und RenterInnen sammeln Pfandflaschen aus Abfallkörben.

## Unsere Republik ist aus dem sozialen Gleichgewicht geraten

Wir, die Senioren in ver.di, fordern daher Korrekturen von der Politik. Wir haben uns mit unseren Forderungen auf die Positionen beschränkt, die in den vergangenen Legislaturperioden ihre sozialen Sicherungsfunktionen durch falsche politische

Weichenstellung weitgehend verloren haben und damit die soziale Balance in Deutschland gefährden.

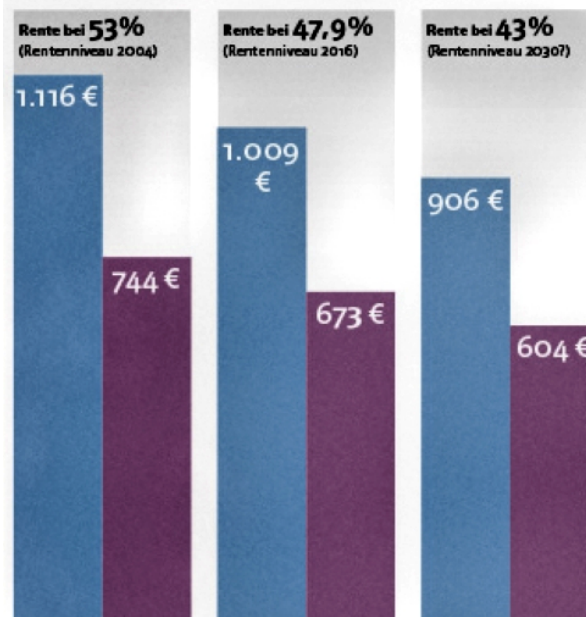
Unsere Forderungen sind Grundlagen einer offenen demokratischen Gesellschaft, in der die Grundwerte der Verfassung die Basis für das Handeln aller politischen Akteure sein müssen.

Sie sind Grundlage für den Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen und den Erhalt der Würde des Einzelnen und stellen somit sicher, dass alte Menschen auch in einer „durchökonomisierten“ Welt ein gleichwertiger Teil unserer Sozialgesellschaft bleiben.

### Die Rente sichert oft nicht einmal mehr das Existenzminimum

Rente nach **45 Jahren** Beitragszahlung  
Rente nach **30 Jahren** Beitragszahlung

netto vor Steuern (West) / bei einem Monatsbrutto 2.500 Euro



QUELLE: VER.DI/WIPO

## Positionen der VER.DI-SENIOREN zur Vermeidung von Altersarmut

### Wir fordern durch Regulierungen am Arbeitsmarkt:

- jede sachgrundlose Befristung von Arbeit auszuschließen
- die Begrenzung der Dauer von Leiharbeit neu zu regeln, Verstöße gesetzlich zu unterbinden
- das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit zu ermöglichen (Altersarmut von Frauen: Teilzeitfalle)
- die Umwandlung von Minijobs (unfreiwillige Teilzeit) in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse
- die Scheinselbständigkeit gesetzlich zu erschweren
- den Mindestlohn zügig zu erhöhen
- die Tarifbindung zu verstärken

### Forderungen zur gesetzlichen Krankenversicherung sind:

- die Rückkehr zu paritätischen Finanzierung und
- die zeitnahe Einführung einer Bürgerversicherung

### Unsere Forderungen zur Rentenpolitik:

- die Sicherheit des **umlagefinanzierten Altersversorgungssystems** zu gewährleisten ggf. steuerlich zu fördern durch Bundeszuschüsse
- und die steuerliche Mitfinanzierung einer Demografie-Reserve
- die Stabilisierung des derzeitigen **Rentenniveaus** und schrittweise Wiederanhebung auf mindestens 50 Prozent
- die Abschaffung aller **Dämpfungs- und Kürzungsfaktoren**, die die Anpassung der Renten an die Lohn- und Gehaltsentwicklung behindern
- die Aufhebung der **Beitragsatzstabilität** und die Wiederherstellung des Zieles der Sicherung des Lebensstandards bzw. eines Leistungsniveaus, das **mindestens** vor Armut schützt
- die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen aus Beitragsmitteln **nicht fortzusetzen**
- die vollständige Rückerstattung der Kosten gesamtgesellschaftlicher Ausgaben an die Rentenversicherung (wie z.B. Mütterrente, Ost-West-Ausgleich u.a.)
- keine weitere Förderung von Riester-Verträgen in der bisherigen Form, sondern Förderung ergänzender betrieblicher Versorgungsmodelle
- die Rückkehr zur gesetzlichen **Regelaltersgrenze von 65 Jahren** und Ergänzung durch eine freiwillige Flexibilisierung des Renteneintrittsalters
- die Fortführung der **Rente nach Mindestentgeltpunkten** bzw. eines Systems, das kleine Renten nach langjähriger Versicherungsdauer auf ein Niveau oberhalb der Grundsicherung anhebt
- die **Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten** (Verzicht auf Abschläge) bzw. Verbesserungen der Zurechnungszeit bei bereits bewilligten EM-Renten
- als Langzeitziel: Ausbau der Rentenversicherung zu einer **Erwerbstätigenversicherung** unter Einbeziehung von Selbständigen, Abgeordneten, Beamten, Anwälten und Ärzten (freie Berufe)